

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 37 (1958)
Heft: 6

Buchbesprechung: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

Wenn die eidgenössischen Räte den Geschäftsbericht des Bundesrates behandeln, löst das normalerweise im Volke kein starkes Echo aus. Diesmal war es anders, weil man erwartete, der Bundesrat werde in der Sommersession näher begründen, warum er, trotz der erlangten parlamentarischen Ermächtigung, darauf verzichtete, bei den Flugzeugwerken Altenrhein eine *Hunderterserie von P 16* in Auftrag zu geben. Nun, das Eingeständnis des Chefs des Militärdepartements, der Versuch, à tout prix eine schweizerische Eigenproduktion von Kampfflugzeugen zu erreichen, habe sich als Fehlspekulation erwiesen, ließ an Deutlichkeit nur wenig zu wünschen übrig. Wer die Hauptschuld für die frühere Mißachtung gut begründeter Warnungen zu tragen hat, wurde allerdings nicht restlos geklärt. Auch über die Vorkehrungen zur Verhütung künftiger Millionenverluste war wenig zu vernehmen. Vermutlich wird das Gegenstand der Beratung des neuen 22köpfigen Landesverteidigungsrates sein, dessen endliche Schaffung der Bundesrat am 16. Juni bekanntgab. Wie sehr unser Militärwesen eines besseren Mitbestimmungsrechtes von Fachleuten der Wirtschaft und einer mutigen politischen Opposition bedarf, offenbarte auch die Kritik Nationalrat Fritz Grüters an unseren militärischen Einkaufsorganisationen, bei welcher Gelegenheit die penible Tatsache bekannt wurde, daß der Provisionen-Oberst Rieser die versprochene Rückerstattung von 50 000 Franken noch nicht vollzogen hat. Herr Rieser machte beim Bundesrat ein Wiedererwägungsgesuch anhängig. Ein Mann — ein Wort...

Interesse erweckte sodann die neueste *Milchdebatte* im National- und Ständerat. Sie wurde ausgelöst, weil die Milchpreispolitik des Bundesrates einerseits eine Milchschwemme und andererseits eine Absatzstockung, vor allem bei den kinderreichen Familien, zur Folge hatte, weswegen man jetzt zum Zwecke der Stützung des Milchpreises vermehrter Bundesmittel bedarf, die von den Räten selbstverständlich bewilligt wurden. Die andere Selbstverständlichkeit, nun endlich neue Wege zur Förderung des Absatzes von Frischmilch und Milchprodukten zu beschreiten, verschob man dagegen einmal mehr auf die lange Bank. Immerhin bedeutet die überraschenderweise beschlossene Annahme eines Postulates Duttweiler, das sich gegen das Verbot des Verkaufs von pasteurisierter Milch und bestimmter Milchprodukte in Ladengeschäften richtet, wenigstens einen ersten Lichtblick.

Mit erfreulicher Einhelligkeit billigten die beiden Kammern die *neue Besoldungsordnung* für das Bundespersonal. Diese trägt zwar nicht allen berechtigten Begehren der Personalverbände Rechnung, bringt aber doch

eine durchschnittliche Realloohnerhöhung von 3 Prozent, die jetzt besonders willkommen sein wird, ist doch der Index der Konsumentenpreise auf Ende Mai im Vergleich zum Vormonat sprunghaft um 1,5 Punkte auf 182,2 Punkte angestiegen. Im Gegensatz zur Finanzordnung vom 11. Mai handelt es sich bei der Neuregelung der Besoldungen des Bundespersonals um einen echten eidgenössischen Kompromiß, der so gut ausgewogen ist, daß er das Referendum, falls es ergriffen würde, nicht zu fürchten hätte.

Zu einer prinzipiellen Auseinandersetzung, an der sich mehr als drei Dutzend Ratsmitglieder beteiligten, kam es anläßlich der Behandlung der Landesringinitiative betreffend die Einführung der *44-Stunden-Woche* für die Fabrikarbeiter. Beim Bürgertum stieß die vorgeschlagene Verfassungsänderung auf geschlossene Ablehnung, aber auch die meisten Vertreter der Lohnerwerbenden begegneten ihr mit Mißtrauen. Vom Präsidenten des SMUV wurde die Initiative als bloßer «Propagandaknochen» bezeichnet. In der Tat weist ihr Wortlaut ernste Mängel auf, vor allem jenen, daß er sich über die Frage des Lohnausgleichs völlig ausschweigt. Natürlich ist die Landesringinitiative auch in das Kraftfeld der Auseinandersetzung «Gesetz oder Vertrag» geraten. Während den Vertretern des öffentlichen Personals die Beschreitung des gesetzlichen Weges zur Reduktion der Arbeitszeit begreiflicherweise gangbar erscheint, hegen die Sprecher der großen Privatarbeitergewerkschaften Bedenken. Sie verwiesen in der Debatte nachdrücklich auf die stufenweise Herabsetzung der Arbeitszeit, welche in vielen Branchen mit dem Mittel des Kollektivvertrages erzielt werden konnte. Schade, daß die eidgenössischen Räte die Aufstellung eines Gegenvorschlages zur Duttweiler-Initiative ablehnten. Es wäre zeitgemäß, wenn sich der Bund positiver als bisher zur Verkürzung der Arbeitszeit aller Lohnverdiener bekennen würde. Die abgelehnte Motion Leuenberger darf darum nicht als endgültig erledigt betrachtet werden.

Einige weitere sozialdemokratische Vorstöße zur Beschleunigung des Ausbaus der schweizerischen Sozialversicherung, zum Beispiel das Postulat Max Weber für die *Verbesserung der AHV-Renten*, fanden auf bürgerlicher Seite recht kühle Aufnahme.

Nachdem der Ständerat — offensichtlich *contre cœur* — auf die Erhöhung der für ein Referendum und für eine Initiative nötigen Unterschriftenzahlen verzichtet hatte, wurde in der Sommersession auch noch die Schlußabstimmung über die Verfassungsvorlage betreffend die *Einführung des Frauenstimmrechtes* im Bunde möglich. Sie ist im Nationalrat mit 96 Ja gegen 43 Nein nicht sehr überzeugend ausgefallen, so daß es in den nächsten Monaten einer intensiven Volksaufklärung bedarf, wenn es gelingen soll, der fortschrittlichen Forderung nach politischer Gleichberechtigung der Frau zum Siege zu verhelfen. An uns soll es nicht fehlen!

Das wichtigste innenpolitische Ereignis der Berichtszeit war indessen die Erklärung von 35 prominenten Sozialdemokraten und Gewerkschaftern vom 10. Juni. In dieser wird energisch dagegen Stellung genommen, a priori auf die *Anschaffung von Kernwaffen für die schweizerische Armee* zu verzichten. Die Erklärung der 35 brachte die in unserem Lande seit langem schwelende Atomdiskussion explosionsartig zum Ausdruck.

Der Kampf um die atomare Bewaffnung begann mit der Publikation von Artikeln einzelner hoher Offiziere in Fachschriften und in der bürgerlichen Presse. Dann folgte als Zwischenakt, anlässlich der großen Manöver des 4. Armeekorps im vergangenen Monat März, der supponierte Abwurf einiger Atombomben durch die uns verbündete grüne (sprich NATO) Armee auf schweizerischem Gebiet, um den blauen Verteidigern das Zurückwerfen der eingedrungenen roten Streitkräfte zu ermöglichen. Schließlich gipfelte die Kampagne für die Atombewaffnung in der Stellungnahme der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, welche an ihrer Generalversammlung vom 8. Juni 1958 in Luzern die Ausrüstung unserer Armee mit Kernwaffen verlangte, und damit wohl auch den Streit um die Konzeption, Réduit oder Bewegungskrieg, weitgehend zugunsten der Strategie der Bewegung präjudizierte. Festzuhalten ist jedoch, daß vom Bundesrat noch keinerlei Anträge vorliegen.

Die Gegenströmung hatte sich ursprünglich in pazifistischen und kirchlichen Kreisen gebildet, wurde dann durch politische Kräfte erweitert und manifestierte sich schließlich am 18. Mai in der Konstituierung einer überparteilichen «Bewegung gegen die atomare Aufrüstung». Als Präsident der Berner Tagung amtierte der sozialdemokratische Regierungsrat Dr. Fritz Giovanoli, und das Ergebnis der Tagung bestand in der Ankündigung, man beabsichtige, mit dem Mittel einer Verfassungsinitiative ein Verbot der Herstellung, Einfuhr, Durchfuhr, Lagerung und Anwendung von Atomwaffen auf schweizerischem Gebiete durchzusetzen. In formalrechtlicher Hinsicht gibt das Begehren, die Atombewaffnung präventiv durch das Mittel einer Verfassungsinitiative zu verhindern, einem Mißtrauen Ausdruck, das von der Befürchtung genährt wird, Regierung und Parlament könnten die Neuerung durch Bundesbeschlüsse erzwingen, die keine Referendums Klausel enthalten.

Schon vor der erwähnten Berner Konferenz stand die Frage der Atombewaffnung auf der Traktandenliste des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, so daß sich deren Präsident, Nationalrat Walther Bringolf, veranlaßt sah, in einer persönlichen Erklärung sowohl die «Pros» wie auch die «Kontras» zu ermahnen, der Stellungnahme der Parteiorgane der SPS nicht abschließend vorzugreifen.

Angesichts der eminenten Bedeutung des Atomwaffenproblems hat der Parteivorstand der SPS auf den 4. und 5. Oktober 1958 einen außerordent-

lichen Parteitag nach Luzern einberufen. In dem vom Parteivorstand, bei einigen Enthaltungen, mit 44 Ja gegen 5 Nein gefaßten Beschluß heißt es sodann, die von einer außerparteilichen Konferenz angesagte Initiative betreffend Atomwaffenverbot für die schweizerische Armee könne von der SPS nicht unterstützt werden. Und schließlich richtet der Parteivorstand an alle Mitglieder den Appell, sich bis zum Entscheid des Parteitages jeglicher Teilnahme an allen außerparteilichen Aktionen zu enthalten. Der Geschäftsleitung wurde der Auftrag erteilt, die eigene *Stellungnahme der SPS auf der Grundlage der Beschlüsse der Sozialistischen Internationale zur Abrüstungsfrage* vorzubereiten. Diese Beschlüsse wenden sich gegen eine einseitige Abrüstung des Westens, befürworten aber die Politik des Desengagements. Der vielschichtige Fragenkomplex erheischt eine gründliche Diskussion in den Parteisektionen, denn alle Menschen, ob Befürworter oder Gegner der Atombewaffnung, sehen sich hier vor eine ernste Gewissensfrage gestellt.

Läßt sich der nukleare Krieg auf den Einsatz taktischer Atomwaffen beschränken? Muß, wer hier A sagt, nicht auch B und schließlich sogar «H», also Wasserstoffbombe, sagen? Ist die Schweiz, wirtschaftlich gesehen, in der Lage, sich qualitativ und quantitativ so stark atomar aufzurüsten, daß die erwartete abschreckende Wirkung auf Angriffsgewillte überhaupt noch eintritt? Gibt es nicht andere defensive Mittel zum Schutze vor Atomexplosionen? Mittel, die unsere Stellung als neutrales Land nicht in derart gefährlicher Weise tangieren, wie das durch die Erhebung der Schweiz zu einer Atom-«Macht» geschehen kann. An eine Eigenproduktion schweizerischer Kernwaffen ist ja kaum zu denken, und daß uns von einer Großmacht Atomgeschosse geliefert werden, über die wir völlige Verfügungsfreiheit hätten, ist vorläufig auch nicht anzunehmen.

Letztendlich dürfte es also bei der heutigen Auseinandersetzung darum gehen, ob die Schweiz durch die Schließung der Atomlücke in der militärischen Verteidigungsfront des Westens nicht von ihrer traditionellen Position der Neutralität abgedrängt wird. Eine Wirkung, die von den Unterzeichnern der Erklärung der 35 bestimmt nicht gewollt, nichtsdestoweniger aber in Rechnung zu stellen ist. Genau so wie auch die politische Alternative zur atomaren Bewaffnung unseres Landes, nämlich die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, nicht einfach als utopisch abgetan werden darf, sondern in bezug auf alle ihre Möglichkeiten und die Konsequenzen für die Schweiz sorgfältig geprüft werden muß.

Daß sich einige der großen freisinnigen und konservativen Schweizer Zeitungen der Illusion hingaben, die im Lager der Sozialisten stattfindende lebhafteste Atomdiskussion werde zur Spaltung der Sozialdemokratischen Partei führen, sei nur am Rande notiert. Bereits haben ja die meisten von ihnen gemerkt, daß man mit der Behauptung, Landesverteidigung sei heute

nur noch mit Atomwaffen möglich, selber recht nahe an eine defaitistische Haltung geraten kann. Desgleichen scheint es nun gewissen bürgerlichen Strategen aufzudämmern, daß sich die ideologische Front in der Frage des Atomkrieges nicht mit der alten Schablone links oder rechts markieren läßt. Denn diese Front, das ist heute offensichtlich, zieht sich durch alle Parteien, ja sogar durch die Kirchen; sie zieht sich durch das ganze Volk! *F. E.*

Außenpolitik

Die heftige Kampagne der kommunistischen Parteien gegen den «Revisionismus» erreichte einen tragischen Höhepunkt durch den Prozeß gegen Imre Nagy, Pal Maleter und andere Führer der Kommunistischen Partei Ungarns, die im Oktober 1956 durch den Volksaufstand an die Macht kamen. Sie wurden in geheimen Verhandlungen zum Tode verurteilt und sofort ermordet. Als die russischen Truppen den Volksaufstand in Budapest im Blut erstickten, hatten Imre Nagy und seine engeren Mitarbeiter in der jugoslawischen Gesandtschaft Asyl gefunden. Die Regierung Kadar hatte Jugoslawien schriftlich versichert, daß Nagy und seine Mitarbeiter frei in ihre Wohnungen zurückkehren und ohne Verfolgungen für die Oktoberereignisse leben könnten. Kaum hatten sie aber die jugoslawische Gesandtschaft verlassen, wurden sie von russischen Offizieren festgenommen und nach Rumänien entführt. Pal Maleter, der Kriegsminister der Nagy-Regierung, wurde verhaftet, als er an den Verhandlungen mit dem Oberkommando der russischen Truppen über den Rückzug der Sowjettruppen aus Ungarn teilnahm. Diese Verhaftungen wurden unter grober Mißachtung und Verletzung des internationalen Rechtes und der feierlichen Versprechen der Kadarregierung vorgenommen. Die jugoslawische Regierung wurde von den Russen eindeutig hintergangen.

Die blutige Schandtät der kommunistischen Justiz in Budapest hat die ganze Welt entsetzt. Sie wurde kurz nach der Ungarn-Reise Chruschtschows begangen. Die volle Verantwortung für diesen Mord tragen die Russen. Er wurde befohlen, um die revisionistischen Tendenzen innerhalb der kommunistischen Parteien und der Satellitenstaaten durch dieses Schreckensurteil zu paralysieren. Die jugoslawische Regierung wurde im Communiqué des ungarischen Justizministeriums über den Prozeß direkt als mitschuldig angegriffen. Die polnischen Kommunisten mit Gomulka sind durch diese Ermordung unter einen gewaltigen Druck gesetzt.

Selbst Kadar, Marosan und einige Mitglieder der jetzigen Regierung Ungarns sollen für ihr Leben zittern. Sie sind Mitglieder der Regierung Imre Nagy und seine Mitarbeiter gewesen. Kadar hat noch als Regierungschef seiner Überzeugung Ausdruck gegeben, daß Nagy nie bewußt die Konter-

revolution begünstigte. Solche Äußerungen könnten eines Tages die heutigen Machthaber Ungarns vor Gericht bringen.

Die Ermordung von Imre Nagy, Pal Maleter und andern Führern des großen ungarischen Befreiungskampfes des Jahres 1956 belastet und beeinträchtigt die Beziehungen zwischen den Großmächten und gefährdet die vorgesehenen Konferenzen zur Entspannung der internationalen Lage. Sie beweist auch, daß Chruschtschow zu den alten Terrorismethoden Stalins greift, um seine persönliche Macht zu festigen. Die antikommunistische Propaganda findet neuen Auftrieb, und die Kommunisten Rußlands leisten durch diese ungeheure Provokation allen Kriegstreibern und Militaristen des Westens die beste Hilfe. Adenauer hätte keine kraftvollere Unterstützung für die Atombewaffnung Westdeutschlands erhalten können.

Besonders gefährdet sind durch diese Tat die *Konferenzen zwischen Ost und West*. Die *Gipfelkonferenz* ist für lange Zeit begraben, und es ist sehr wahrscheinlich, daß die *Expertenkonferenz, die am 1. Juli in Genf die Kontrollmethoden der Einstellung der Atomversuche* untersuchen soll, ein Mißerfolg sein wird. Es scheint, daß die Russen für diese Konferenzen kein Interesse mehr hegen. Sie hätten keine schlechtere Stimmung für deren Vorbereitung schaffen können.

Der Aufstand der algerischen Armee gegen die Regierung der Vierten Republik hat sich auf die Einheiten der Marine im Mittelmeer und auf die Offiziere der Truppen in der Metropole ausgedehnt. Die Regierung Pflimlin-Guy Mollet war gänzlich machtlos und sah den Augenblick nah, wo die Armee und die faschistischen Kreise der Wohlfahrtsausschüsse Frankreich und Paris angreifen würden. Die Besetzung von Korsika durch die Fallschirmtruppen des Generals Massu und die Ernennung des Obersten Thomazo als Gouverneur der Insel durch General Salan alarmierten die Regierung Pflimlin und veranlaßte ihn zur Demission, um den Weg zur Macht für General de Gaulle freizumachen. De Gaulle wurde von einem Teil der republikanischen Parteien als kleineres Übel betrachtet und unterstützt. Besonders Guy Mollet hat sich dafür eingesetzt, de Gaulle den Weg zur Regierung zu ebnen. So kam de Gaulle an die Macht. Das Parlament beschloß seine Investitur zum Regierungschef mit 329 gegen 224 Stimmen. Die Kommunisten und die Mehrheit der sozialistischen Parlamentsfraktion stimmten mit Mendès-France, Mitterrand und einigen linksbürgerlichen Republikanern gegen die Investitur. Der Generalstreik der Kommunisten und die große Massendemonstration von Paris haben bewiesen, daß die demokratischen und Arbeiterkräfte durch die Beteiligung von republikanischen und sozialistischen Politikern an der Regierung de Gaulle verwirrt wurden. Es war keine Grundwelle zur Verteidigung des parlamentarischen Regimes, das sich selbst diskreditiert hatte. Die Vierte Republik wurde vollkommen legal durch die qualifizierte Mehrheit des Parlaments begraben. De Gaulle bekam von

derselben parlamentarischen Mehrheit die Vollmachten für sechs Monate und die Kompetenz, die Verfassung zu ändern und ohne Parlamentsdebatte am 5. Oktober direkt einem Volksplebiszit zu unterbreiten. Diesem Plebiszit sollen dann, auf der Grundlage der neuen Verfassung, allgemeine Wahlen folgen.

De Gaulle ist nach Algerien gefahren und hat dort seine Politik dem algerischen Problem gegenüber dargelegt. Er will allen Arabern Algeriens die gleichen Rechte, die die Franzosen in Algerien genießen, einräumen; also eine Art Gleichschaltung der zehn Millionen Muselmanen an die Metropole. Diese Politik befriedigt aber weder die Nationalisten, die, mit der Waffe in der Hand, für die Unabhängigkeit ihres Landes kämpfen, noch die französischen Reaktionäre der Wohlfahrtsausschüsse, die das Kolonialregime aufrechterhalten wollen und die, im Laufe eines Jahrhunderts, sämtliche Versuche Frankreichs, Algerien zu assimilieren, sabotiert haben. De Gaulle hat in Algerien nur ein positives Resultat erzielt, nämlich die Armee wieder der Pariser Regierung untergeordnet. Er hat die Rebellion der Offiziere legalisiert und ihre militärischen Führer als bevollmächtigte der Pariser Regierung ernannt. Es wurden keine Sanktionen gegen sie ergriffen. So wird eine für die Zukunft sehr gefährliche Präzedenz geschaffen. Die Offiziere haben ihre Macht erprobt und wurden für ihre Rebellion belohnt. Der Krieg gegen die FLN geht aber weiter, und die soziale Assimilation der arabischen Bevölkerung bedeutet für Frankreich eine solche finanzielle Belastung, daß sie kaum verwirklicht werden kann. Durch eine neue große Anleihe und eine offizielle Abwertung im Innern versucht die Regierung, den finanziellen Bankrott zu umgehen. De Gaulle hat jedoch einen großen Erfolg zu verzeichnen durch die friedliche Regelung der Spannung mit Tunesien. Er hat eine Vereinbarung getroffen, die den Rückzug der französischen Truppen aus Tunesien innerhalb von vier Monaten gewährleistet. Die Frage des Hafens von Bizerta wird noch im Laufe von Verhandlungen geregelt. Diese Vereinbarung entspricht genau den Anträgen der anglosächsischen Mission der guten Dienste. Die Regierung Gaillard wurde im Frühling gestürzt, weil sie diese Vorschläge der Kommission der guten Dienste annehmen wollte. De Gaulle verbessert durch diese Regelung seine Beziehungen zu Großbritannien und zu den Vereinigten Staaten. Sie erschwert auch wesentlich die Lage der Aufständischen in Algerien, die von der Spannung zwischen Paris und Tunis profitierten.

Die große Frage ist, wer de Gaulle ersetzen wird. Es ist eine Übergangsregierung. Die faschistischen und reaktionären Kreise, die das demokratische Regime stürzen und die Parteien liquidieren wollten, sind sehr enttäuscht. Sie versuchen, in ganz Frankreich Wohlfahrtsausschüsse zu gründen. De Gaulle hat diese Wohlfahrtsausschüsse in Algerien in gewisse Schranken zurückgewiesen und dem Regierungspräfekten die Macht wieder übergeben.

General Salan, der Bevollmächtigte de Gaulles in Algerien, hat aber überall Generäle, Mitglieder der Wohlfahrtsausschüsse, als Präfekte ernannt. So behalten die Armee und die Wohlfahrtsausschüsse die Macht in Algerien.

Diese faschistischen Kreise sammeln und organisieren ihre Kräfte, um die Regierung de Gaulle zu ersetzen. Auf der andern Seite sollten die demokratischen Kräfte und die werktätigen Massen sich für die Auseinandersetzung mit der Reaktion auch vorbereiten. Sie sind aber durch die Beteiligung der Sozialdemokraten und eines Teils der demokratischen Kräfte an der Regierung de Gaulle gelähmt. Die Kommunisten haben nur symbolische Gesten gemacht, weil die Moskauer Diplomatie ein großes Interesse an de Gaulle zeigt. Die Russen hoffen, daß er die NATO schwächen und die Hegemonie der Vereinigten Staaten auf Westeuropa bekämpfen werde. Die Proteststreiks und parlamentarischen Erklärungen der Kommunisten gegen de Gaulle waren nur Alibidemonstrationen.

Der Generalrat der Sozialistischen Internationale hat Mitte Juni in Brüssel getagt und zu den wichtigsten Ereignissen der letzten Wochen Stellung genommen. Wir werden ihre Resolutionen in der nächsten Nummer der «Roten Revue» publizieren. Die Diskussionen und Abstimmungen haben gezeigt, daß die sozialistischen Parteien in allen wichtigen internationalen Fragen uneinig sind und immer noch ihre nationalistischen Interessen vertreten, statt eine annehmbare Lösung der internationalen Spannungen zu suchen.

Die Spannungen haben sich im Ostmittelmeer und im Nahen Osten zugespitzt und auf der Insel Zypern und im Libanon den Charakter eines Bürgerkrieges angenommen. Die blutigen Zwischenfälle auf der *Insel Zypern* zwischen der türkischen und der griechischen Bevölkerung gefährden die Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland, die beide Mitglieder der NATO sind. *Der Bürgerkrieg im Libanon* hat eine Intervention des Sicherheitsrates der UNO veranlaßt, die eine große Zahl von Beobachtern in dieses Land gesandt hat. Die Gefahr einer militärischen Intervention der Westmächte, besonders der amerikanischen Armee, die nur auf den Hilferuf der libanesischen Regierung wartet, ist akut geworden. Eine solche Intervention könnte eine Gegenaktion der Sowjetunion provozieren.

Allgemeine Parlamentswahlen haben in Japan, Italien, Belgien und Schweden stattgefunden.

Die Wahlen in Japan sind ein Erfolg für die Sozialistische Partei, die acht Sitze gewinnt und von 30,2 auf 32,3 Prozent der Wähler zunimmt. Die Regierungspartei der Liberaldemokraten verliert drei Sitze und fällt von 63,1 auf 58,7 Prozent der Wähler zurück, erhält aber die absolute Mehrheit. Die Kommunisten, die nur zwei Sitze hatten, verloren einen. Die Liberaldemokraten zählen 287 Sitze, die Sozialisten 166.

In *Italien* haben die Christlichdemokraten einen beträchtlichen Erfolg erzielt. Sie gewinnen 1 672 000 Wähler und 11 Sitze, erreichen aber nicht die absolute Mehrheit. Die Kommunisten gewinnen 580 000 Wähler und verlieren 3 Sitze, die Nenni-Sozialisten haben von ihrem Bruch mit den Kommunisten profitiert, sie gewinnen 760 000 Wähler und 9 Sitze. Die Sozialdemokraten von Sarragat gewinnen auch 130 000 Wähler und 4 Sitze. Dagegen gehen alle Rechtsparteien stark zurück. Die Neofaschisten verlieren 4 Sitze, die Monarchisten 17. Die Wahlen bedeuten einen klaren Ruck nach links und verhindern eine Regierungskoalition der Christlichdemokraten mit der Rechten.

In *Belgien* haben die Sozialisten einen Rückschlag erlitten und 3 Sitze verloren. Die Christlichsozialen erzielten, nach einer sehr demagogischen und heftigen Kampagne, die absolute Mehrheit im Senat, nicht aber in der Abgeordnetenversammlung. Sie gewannen 9 Sitze. Sie können deshalb allein nicht eine Regierung bilden. Sie haben den Versuch unternommen, eine große Koalition mit Sozialisten und Liberalen zu bilden. Die beiden Parteien haben abgelehnt, und die Regierungskrise dauert an.

In *Schweden* haben bei den Wahlen die Sozialdemokraten einen Erfolg zu verzeichnen. Sie besitzen aber keine absolute Mehrheit im Parlament.

JHD

Blick in die Zeitschriften

Über die bekannten Gedankengänge des amerikanischen Diplomaten und Historikers *George F. Kennan* fand kürzlich in Paris, im Rahmen einer Vorstandssitzung des «Kongresses für die Freiheit der Kultur», eine Diskussion statt, an der unter anderen Carlo Schmid, Denis Healey, Sidney Hook, Richard Lowenthal und F. R. Allemann teilnahmen. «*Der Monat*» (115) veröffentlicht aus der Feder von Kennan selbst das Fazit dieser Diskussion. Aus diesem vorläufigen Schlußwort Kennans möchten wir drei besonders wichtige Stellen zitieren.

Mit leider berechtigtem Pessimismus stellt Kennan fest, daß die Regierungen für die nächste Zeit nicht bereit zu sein scheinen, die Möglichkeit eines «disengagement» ernsthaft in Betracht zu ziehen: «Im Gegenteil, man trägt sich zurzeit mit Plänen, die gesamte westeuropäische Verteidigung auf Atomwaffen aufzubauen, und diese Pläne werden immer schwerer rückgängig zu machen sein. Nicht nur, daß den militärischen Planern die Atomwaffen – vor allem Atomartillerie und Raketen mittlerer Reichweite – bald unerläßlicher erscheinen werden denn je zuvor, bis ihnen ein Verzicht auf diese Waffen für undenkbar gelten wird. Es wird auch dahin kommen, daß die ganze Frage eines solchen Verzichts nur noch mit der einmütigen Zustimmung eines weiten Kreises von Regierungen zu lösen ist, die von unterschiedlichen Interessen und Motiven bewegt werden. Gleichzeitig dürften die Vereinigten Staaten, England und Sowjetrußland die Atomabschreckung mit weittragenden Waffen bis zu einem solchen Grade der Kompliziertheit, Kostspieligkeit und Bedenklichkeit (was den menschlichen Irrtum anlangt) weiterentwickeln, daß den Politikern auf beiden Seiten schwerste Probleme aufgegeben werden.»

Kennan führt dann weiter aus, daß wir zu absolutem Pessimismus ebensowenig berechtigt seien wie zu absolutem Optimismus: «Aber es gibt so etwas wie eine Einengung